



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

► Regierungsratsbeschluss vom 19. März 2013

P122149

Teilrevision des Zollgesetzes vom 18. März 2005; Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens

- ://: 1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an die Eidgenössische Zollverwaltung.

Begründung

Der Bundesrat hat im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens die Kantone eingeladen, sich zur Teilrevision des Zollgesetzes zu äussern. Die Hauptpunkte der geplanten Gesetzesrevision sind die Anpassung der Bestimmungen über die Zolllager, die Aufhebung der Bestimmung über die Wahrnehmung sicherheitspolizeilicher Aufgaben durch die Eidgenössische Zollverwaltung (EZV) und die Präzisierung der Bestimmung über die Übernahme kantonalen polizeilicher Aufgaben durch die EZV sowie die Aufhebung der Bestimmung über den Mindestbestand des Grenzwachtkorps gemäss dem Bundesbeschluss über die Genehmigung der Abkommen über die Assoziierung an Schengen und an Dublin. Der Regierungsrat verzichtet auf die Einreichung einer Vernehmlassung, da überwiegend keine spezifisch kantonalen Interessen betroffen sind. Soweit die Revision die Übernahme kantonalen polizeilicher Aufgaben durch die EZV betrifft, schliesst er sich der gemeinsamen Stellungnahme der Konferenzen der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) und der Kantonalen Polizeikommandanten der Schweiz (KKPKS) an.

